

Stellungnahme der der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland – Bundesarbeits- gemeinschaft e.V.

Vorschläge für Investitionen und Reformen auf Grundlage der Dokumente der Europäischen Union zur Einrichtung einer Aufbau- und Resilienzfazilität

Die Europäische Union strebt die Einführung einer Aufbau- und Resilienzfazilität an mit deren Hilfe 672,5 Mrd. EUR zur Finanzierung von Reformen- und Investitionen in den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden sollen. Übergreifende Ziele sind die Stärkung des territorialen und sozialen Zusammenhalts sowie die erfolgreiche Gestaltung des ökologischen Wandels und der Digitalisierung.

Die Reform- und Investitionspläne sollen unter anderem zur Umsetzung der in der jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum 2021 formulierten Flaggschiffinitiative „Umschulen und Weiterbilden“ beitragen. Dort wird das Ziel „nie da gewesener Investitionen in Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen [...] um den ökologischen und digitalen Wandel zu unterstützen, das Innovations- und Wachstumspotential auszubauen, die wirtschaftliche und soziale Widerstandsfähigkeit zu stärken und für hochwertige Beschäftigung und soziale Inklusion zu sorgen“ formuliert.

Daran anschließend bringen wir im Folgenden die Vorschläge der KEB Deutschland als zweitgrößten Anbieterin allgemeiner Weiterbildung zur Ausgestaltung des deutschen Reform- und Investitionsplans mit ein.

I. Herausforderungen in Deutschland

1. Die Weiterbildungspolitik der Bundesregierung im Europäischen Semester

Die Dokumente des Europäischen Semesters für die Jahre 2019 und 2020 empfehlen Deutschland deutlich höhere Ausgaben für Bildung. Der Anteil der öffentlichen Investitionen für Bildung und Forschung liegt bei 9,3 Prozent und damit unter dem nationalen Zielwert von 10% des BIP. Ein aus Unterjüngung und technologischem Wandel resultierender Fachkräftemangel wirkt dämpfend auf das Wirtschaftswachstum. Aus diesem Zusammenhang wird ein Bedarf für höhere Investitionen in die (berufsbezogene) Erwachsenenbildung abgeleitet. Die Teilnahmequote an der Erwachsenenbildung liegt in Deutschland bei 8,2% und im EU-Durchschnitt bei 11,1%.

2. Digitalisierung

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt und die Verbreitung von Informationen und Meinungen zu gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen. Die Verbreitung von Falschmeldungen und Verschwörungstheorien im Internet beeinträchtigt die Akzeptanz dringend notwendiger Schritte zur Klimarettung. Während der US-Präsidentschaftswahl 2016, im Bundestagswahlkampf 2017 und der Europawahl 2019 fanden jeweils umfangreiche, auf digitale Medien gestützte, Desinformationskampagnen unter Verbreitung von Falschinformationen statt. Auch im Rahmen der Corona-Pandemie gibt es eine intensive Verbreitung von Fake News. Die sozialen Medien erleichtern die Bildung von Echo-Kammern politisch Gleichgesinnter, die sich ihre Meinungen immer wieder bestätigen und für Korrekturen nicht mehr empfänglich sind. Vor allem im rechten Spektrum kann dieses Phänomen beobachtet werden.

3. Klimawandel und Umweltzerstörung

Aktuellen Studien zufolge sind zur Vermeidung der schlimmsten Folgen des Klimawandels weitreichende Veränderungen erforderlich. Allein Deutschland als größte Volkswirtschaft der EU muss bis 2035 60 bis 70 Megatonnen (MT) CO₂ pro Jahr einsparen und bei den erneuerbaren Energien einen Zubau von 40 Gigawatt (GW) pro Jahr erreichen. Diese Herausforderung kann nur mit breiter gesellschaftlicher Zustimmung und Teilhabe verwirklicht werden.

II Vorschläge für Reformen und Investitionen in Deutschland

Zur Bewältigung der oben beschriebenen Herausforderungen halten wir Investitionen in folgenden Bereichen für notwendig:

1. **Digitalpakt Weiterbildung:** Analog zum Digitalpakt Schule braucht es dringend einen Digitalpakt Weiterbildung. Wir brauchen Investitionen in den Aufbau und die Pflege der digitalen Ausstattung von Bildungseinrichtungen. Gleichzeitig muss die Konzeptionierung einer digitalen Didaktik und die Fortbildung der Bildner*innen finanziell unterstützt werden.
2. **Erhöhung der Ausgaben für die Erwachsenenbildung:** Seit 2014 kann Deutschland einen gesamtstaatlichen, strukturellen Haushaltsüberschuss von bis zu 1,9% des BIP verbuchen. Gleichzeitig berichtet das Europäische Semester seit 2013 über einen anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschuss, der durch zu geringe öffentliche Investitionen mitverursacht wird. Die öffentliche Hand sollte die Ausgaben und Investitionen in die Bildung weiter erhöhen, um die angestrebte Zielmarke von 10% des BIP möglichst bald zu erreichen. Wir halten es für dringend erforderlich, die infrastrukturelle Benachteiligung der Weiterbildung als vierter Säule des deutschen Bildungssystems abzubauen, damit diese in diesen herausfordernden Zeiten, ihren öffentlichen Auftrag zeitgemäß und zukunftsorientiert erfüllen kann.

3. **Abmilderung der negativen Folgen der Corona-Pandemie für die Erwachsenenbildung:** Die Corona-Pandemie hat existenzbedrohende Auswirkungen auf die Strukturen der Erwachsenenbildung. Wir fordern langfristige Notzahlungsprogramme für die Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Unseren Einrichtungen sind während des Lockdowns und darüber hinaus ein Großteil der (Teilnehmer*innenbeiträge) weggebrochen. Rücklagen mussten abgeschmolzen werden und die Einrichtungen sehen sich jetzt mit einer fragilen finanziellen Ausstattung konfrontiert.
4. **Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund- und Ländern:** Um den anhaltenden Investitionsstau in der Bildung aufzulösen, empfiehlt das Europäische Semester die Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund- und Ländern bei Bildungsausgaben. Dieser Forderung möchten wir uns anschließen.
5. **Eine konsequent-ganzheitliche Weiterbildungspolitik:** In Zeiten der Digitalisierung und des ökologischen Wandels kommt einer Weiterbildungspolitik, die schnell und effektiv auf die aktuellen Entwicklungen in Politik, Gesellschaft und am Arbeitsmarkt reagieren kann, eine zentrale Bedeutung zu. Lebenslanges Lernen darf nicht auf eine Verwertbarkeit am Arbeitsplatz hin enggeführt werden. Bildung ist ein Menschenrecht. Einem verkürzten Verständnis von Bildung, das nur auf skalierbare Kompetenzen ausgereicht ist und damit eine Vielzahl bestimmter Gruppen von Menschen strukturell benachteiligt, muss bildungspolitisch Einhalt geboten werden.

Bonn, den 14.12.2020